

## Schweiz

## Rechnungen der Altersheime unter der Lupe

Die zu hohen Pensionskosten in Schweizer Heimen sind für Parlamentarier von links bis rechts inakzeptabel. Die Kantone sollen zu mehr Transparenz verpflichtet werden.

Markus Brotschi

Ziel nicht erreicht: So lautet das Fazit von Parlamentariern zur neuen Pflegefinanzierung. Diese ist seit 2011 in Kraft und sollte den von den Heimbewohnern selbst zu zahlenden Anteil an ihren Pflegekosten begrenzen. Die Realität sieht anders aus. Mehr als ein Drittel der rund 1500 Alters- und Pflegeheime verrechnet den Bewohnern höhere Kosten für Unterkunft und Essen, als effektiv anfallen, wie eine Auswertung des Tamedia-Recherchedesks zeigt («Bund» vom Mittwoch). Das legt den Verdacht nahe, dass etliche Heime den Betagten so ungedeckte Pflegekosten belasten – eine Quersubventionierung auf dem Buckel der Heimbewohner, die nicht dem Willen des Gesetzgebers entspricht.

Allerdings hat das Parlament die Grundlage für den Missstand selbst gelegt. «Die Kantone regeln die Restfinanzierung», heisst es im Gesetzesartikel, der einen Pflegekostenanteil von 20 Prozent des maximalen Krankenkassenbeitrags für die Heimbewohner festlegt (21.60 Franken pro Tag). Präzisere Vorgaben für die Kantone wollte insbesondere der Ständerat nicht. Das führte zu 26 kantonalen Lösungen bei der Restfinanzierung der Pflegekosten. In manchen Kantonen müssen die Gemeinden die Restkosten tragen, in anderen teilen sich Kanton und Gemeinden die Kosten.

#### «Da ist vieles schiefgelaufen»

Selber bezahlen müssen Pflegebedürftige neben der Pension die Betreuung, die von der Hilfe beim Essen über Aktivierungstherapie bis zum begleiteten Spaziergang reicht. Allerdings ist die gesetzlich vorgesehene Abgrenzung von Pflege und Betreuung nicht immer einfach. Für SP-Vizepräsidentin Barbara Gysi eröffnet dies den Heimen Möglichkeiten, verdeckt Pflegekosten auf die Heimbewohner zu überwälzen. Gysi nennt als Beispiel für Abgrenzungsprobleme die Verabreichung von Nahrung. Erfolge diese mit dem Löffel, sei es Betreuung, wenn eine Magensonde gelegt werde, laufe es unter Pflege. Die St. Galler Nationalrätin hält eine gesetzliche Präzisierung der Kostenpflicht der Kantone für dringend. Kantone und Gemeinden müssten gezwungen werden, mehr an die Pflegefinanzierung zu zahlen.

«Bei der Pflegefinanzierung ist vieles schiefgelaufen», stellt auch die Aargauer CVP-Nationalrätin Ruth Humbel fest.



Ruth Humbel (l.) im Nationalrat während der Frühlingssession, rechts Gesundheitsminister Alain Berset. Foto: Peter Klauzner (Keystone)

Das Ziel sei Klarheit bei der Finanzierung gewesen, herausgekommen sei eine stossende Belastung der Patienten. Gefordert seien die kantonalen Aufsichtsbehörden. Sie müssten für Transparenz bei den Heimrechnungen sorgen. Insbesondere seien die Kosten für die Pension separat auszuweisen. Humbel wartet wie viele Gesundheitspolitiker auf den Evaluationsbericht des Bundesrats zur neuen Pflegefinanzierung, der vor den Sommerferien fällig ist. Bestätigte dieser, dass Pensionskosten und

Quersubventionierung stark zugenommen hätten, müsse die Restfinanzierung der Kantone gesetzlich präzisiert werden. Humbel hält eine Lösung wie bei der Spitalfinanzierung für möglich, bei der die Kantone eine fixe Kostenbeteiligung von 55 Prozent an stationäre Spitalaufenthalte leisten müssen.

Ob es im Parlament nun eine Mehrheit für Vorgaben des Bundes an die Kantone gibt, ist aber fraglich. Für den Zuger FDP-Ständerat Joachim Eder sind zunächst die Kantone gefordert, die sich

in der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren (GDK) auf einheitliche Vorgaben zur Restfinanzierung der Pflege verständigen könnten. «Finanzielle Spiele auf dem Buckel» der Heimbewohner lehnt Eder ab und fordert mehr Kostentransparenz. Auch SVP-Nationalrätin Verena Herzog kritisiert Quersubventionierungen zulasten der Heimbewohner und fordert Transparenz bei den Pflegeheimrechnungen.

Humbel und Eder ermuntern zudem den Bundesrat, die Pflegebeiträge der

#### ALTERSHEIM REPORT

Das Recherchedesk von Tamedia hat Daten der 1552 Heime aus den Jahren 2012 bis 2016 ausgewertet, die das Bundesamt für Gesundheit publiziert hat. Die Zahlen geben auch Auskunft über die Belegung der Alters- und Pflegeheimplätze.

Web-App Altersheime in der Schweiz im Vergleich

altersheime.derbund.ch

Krankenkassen zu erhöhen. Diese seien seit der Einführung des Gesetzes nicht verändert worden, obwohl die Pflegekosten in den Heimen gestiegen seien. Der Bundesrat kann eine Anpassung in eigener Kompetenz vornehmen. Allerdings stellte sich der Bundesrat bisher auf den Standpunkt, dass das Parlament 2011 nicht nur den Kostenanteil der Heimbewohner, sondern auch jenen der Krankenkassen plafonieren wollte.

#### Kantone wehren sich

Die Kantone hätten bei der Restfinanzierung der Pflege einen grossen Spielraum, räumt Kathrin Huber, stellvertretende GDK-Zentralsekretärin, ein. Allerdings gehe die Kostensteigerung bei den Pflegeheimen voll zulasten der Kantone und Gemeinden, weil die Beiträge der Krankenkassen seit 2011 gleich hoch seien. Auch die Kantone warten auf den Bericht des Bundesrates zur Pflegefinanzierung. «Wenn der Ruf nach mehr Geld kommt, dann muss zuerst Transparenz hergestellt werden», sagt Huber.

Der Krankenkassenverband Santésuisse ortet in der geringen Effizienz der Heime einen Teil des Kostenproblems. «Da ist noch viel Luft drin», sagt Sprecherin Sandra Kobelt. Eine Effizienzsteigerung in manchen Heimen sei sogar zum Vorteil der Patienten. Vor allem in kleineren Heimen sei eine Professionalisierung nötig. Eine Erhöhung der Kassenbeiträge an die Pflege würden die Kassen genau überprüfen, sagt Kobelt. SVP-Nationalrätin Herzog fordert, die Kostentreiber zu eruieren. Gründe für die Kostenzunahme könnten Reglementierungen und administrative Belastungen für die Heime sein, aber auch höhere Ansprüche der Bewohner.

## SP will Investitionen in fossile Energien blockieren

Laut Pariser Klimaabkommen muss der Finanzplatz den Klimawandel mitbekämpfen. Der Bundesrat jedoch plant keine Auflagen. Nun fordert die Linke ein folgenreiches Verbot.

Stefan Häne

Sie sind mächtige Akteure in der Klimapolitik: Pensionskassen, Versicherungen und Banken investieren Milliarden in die Kohle-, Erdöl- und Erdgasindustrie. Der Schweizer Finanzplatz, das zeigt eine Studie des Bundesamts für Umwelt, forcieren so ein Klimawandelszenario von 4 bis 6 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau. 195 Staaten, darunter die Schweiz, wollen den Anstieg, der bislang rund 1 Grad beträgt, auf «deutlich» unter 2 Grad begrenzen; so haben sie es vor drei Jahren im Pariser Klimaabkommen beschlossen.

An diesem Punkt setzen die Linksparteien an, wenn die Umweltkommission des Nationalrats nächste Woche um die Umsetzung des Abkommens zu ringen beginnt. Das Kampffeld bildet das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz für die Periode 2020 bis 2030. Die SP fordert einen «klimaverträglichen» Finanzplatz ab 2030, wie Vizepräsident Beat Jans bestätigt. Von diesem Zeitpunkt an sollen alle Schweizer Unternehmen keine Öl- und Gasprojekte mehr finanzieren dürfen, ebenso wenig

Firmen, die im Öl- oder Gassektor tätig sind. Auch soll es ihnen untersagt sein, indirekt oder direkt in die Förderung fossiler Energieträger zu investieren. Verbindliche Zielvereinbarungen sollen eine schrittweise Senkung der Investitionen sicherstellen.

Ihre Forderung leitet die SP aus dem Pariser Klimaabkommen ab, das den Finanzplatz in die Pflicht nimmt. Ein genaues Datum, wie es die SP postuliert, sieht das Abkommen nicht vor.

#### Freiwilligkeit mit Anreizen

Der Bundesrat dagegen setzt auf Freiwilligkeit. Sein Entwurf zum neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz enthält keine Auflagen für den Finanzplatz. Er will einzig Anreize schaffen – mit einem sogenannten Klimaverträglichkeitsmodell. Damit können die Finanzmarktakteure die Klimawirkung ihres Finanzportfolios messen. Der Bundesrat geht davon aus, dass die Branche aus wirtschaftlichen Überlegungen selber daran interessiert sei, «ihre klimabedingte Risikoexposition zu kennen und einzudämmen». «Mit der zunehmenden Sensibilisierung der Kunden und Versicherten», mahnt er in seiner Botschaft zum Gesetz, «steigt auch das Reputationsrisiko.»

Sollte sich zeigen, dass die Freiwilligkeit nicht funktioniert, «wird der Bundesrat die Prüfung weiterer Anreize für klimafreundliches Investieren in Betracht ziehen»; dies hat er jüngst in seiner Antwort auf einen parlamentari-

schen Vorstoss geschrieben – präziser wurde er dabei jedoch nicht.

Auch den Grünen gehen die Pläne des Bundesrats unter anderem wegen der Finanzplatzfrage zu wenig weit. Sie werden beantragen, den Gesetzesentwurf zurückzuweisen. Die SP wird diesen Antrag laut Jans voraussichtlich unterstützen. Für eine Mehrheit reicht das in der bürgerlich dominierten Kommission freilich nicht, denn die CVP wird der Linken nicht helfen, wie Nationalrat Stefan Müller-Altarmatt klarmacht. Er räumt zwar ein, dass die Schweiz die Finanzplatzthematik «nicht negieren» dürfe. «Das heisst aber nicht, dass wir den Punkt im CO<sub>2</sub>-Gesetz abhandeln müssen.» Der Finanzmarkt werde schliesslich über andere Gesetze reguliert, etwa das Finanzmarktaufsichtsgesetz.

Auch FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen ist «froh», dass der Bundesrat keine Regulierungen vorsieht. Eindringlich warnen bürgerliche Politiker vor einem «Schnellschuss mit Swiss Finish». Sie plädieren für ein mit dem Ausland abgestimmtes Vorgehen.

Inwieweit der Finanzplatz im Ausland Auflagen erhält, ist unklar. Die EU-Kommission will Kapitalflüsse in nachhaltige Investments umleiten sowie die Transparenz stärken. Die Massnahmen des Aktionsplans sind aber noch nicht konkretisiert und bedingen eine Anpassung des EU-Rechts; sie werden also noch den Gestaltungskräften des Parlaments ausgesetzt sein.

## Sammelwut der Armee gerügt

Ob ausrangierte Panzer, ausgemusterte Kampfflugzeuge oder alte Uniformen: Die Armee sammelt zu viel historisches Material. Die 2010 gemachte Empfehlung der eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), effizienter zu werden und Unnötiges auszusortieren, hat die zuständige Bundesstelle nicht oder unzureichend umgesetzt. Die Aufbewahrung der historischen Objekte verursacht dem Bund – und damit den Steuerzahlern – jährlich Kosten in der Höhe von mindestens 7,4 Millionen Franken, wie die EFK in einem gestern veröffentlichten Bericht schreibt.

Der Zweck der Sammlung besteht darin, anhand von Objekten die technische und historische Entwicklung der Armee zu dokumentieren. Zuständig dafür ist die Zentralstelle historisches Armeematerial (ZSHAM). Sie arbeitet mit verschiedenen Leistungserbringern zusammen – dazu gehören drei Stiftungen sowie das Nationale Pferdezentrum Bern. Diesen Leistungserbringern fehle jedoch der Anreiz, ihre Aufgabe «effektiv und effizient» zu erfüllen, kritisiert die Finanzkontrolle.

Sie bemängelt in ihrem Bericht zudem, dass das aktuelle Regelwerk die Tendenz verstärke, zu viel zu sammeln. Als Beispiel wird das Polygon-Areal in Thun genannt, das unter anderem 38 Panzer umfasst. Die EFK schätzt, dass mindestens 28 davon nicht in die Sammlung gehören. (sda)

#### Kurz

#### Olympische Winterspiele Abstimmungskampf im Wallis nimmt Fahrt auf

Voraussetzung für die Einreichung der Olympiakandidatur ist, dass die Walliser am 10. Juni dem Kantonsbeitrag von 100 Millionen Franken zustimmen. Gegen die Kandidatur sprechen sich die Grünen, mehrere Umweltschutzorganisationen, die SP Oberwallis und die SVP Unterwallis aus. Die Nein-Parole haben unterdessen auch die Unterwalliser Sozialdemokraten beschlossen. Derweil betonte Sitten gestern, das diese Spiele eine Chance zur Entwicklung verschiedener Projekte sei. (sda)

#### Wil SG

#### Imam eingebürgert – Beschwerde abgewiesen

Das Stadtparlament von Wil hat mit einer Mehrheit von 26 gegen 10 Stimmen und einer Enthaltung dem Imam der Wiler Moschee das Schweizer Bürgerrecht verliehen. Es hatte wegen einer Einsprache einen Entscheid fällen müssen. In der Beschwerde hiess es unter anderem, Imam Bekim Alimi gehöre der Muslimbruderschaft an und habe Kontakte zu radikalen Predigern. Nachdem die Einbürgerungskommission zusätzliche Auskünfte bei der Kantonspolizei und beim Nachrichtendienst des Bundes eingeholt hatte, hielt sie fest, dass es keine Zweifel an der Eignung Alimis für eine Einbürgerung gebe. Der aus Mazedonien stammende Alimi ist Präsident des Dachverbands islamischer Gemeinden der Ostschweiz. (sda)